



**Motion der Fraktion Alternative – die Grünen  
betreffend Massnahmenplan Kanton Zug Nettonull 2039 (Berichts-Motion)  
vom 1. Dezember 2020**

Die Fraktion Alternative – die Grünen hat am 1. Dezember 2020 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Massnahmenplan für eine kantonale Klimapolitik vorzulegen, in dem das Ziel der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf netto null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2039 umsetzbar aufgezeigt ist. Der Massnahmenplan soll auf wissenschaftlicher Grundlage erarbeitet werden und darlegen, wie durch konkrete Massnahmen und ohne den Kauf von ausländischen Zertifikaten, in den CO<sub>2</sub>-emissionsintensivsten Sektoren Verkehr, Gebäude, Industrie, im Finanzsektor und Landwirtschaft, das Netto-Null-Ziel erreicht werden kann. Auch die Rolle der Zuger Bevölkerung und des Zuger Wirtschaftsstandorts ist zu berücksichtigen. Die Massnahmen zur Erreichung der Ziele sollen sozial, ökologisch und ökonomisch verträglich sein.

**Begründung:**

Das Klima der Schweiz hat sich seit Beginn der landesweiten Messungen 1864 bis heute um durchschnittlich rund 2 °C erwärmt. Eine weitere ungebremste Erwärmung hat massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft und wird Milliardenkosten verursachen.<sup>1</sup> In der Strategie 2019–2026 des Regierungsrats «Mit Zug erfolgreich» betont der Regierungsrat, dass er den Raum und die Natur, den Siedlungsraum und die Mobilität vernetzt und ressourcenschonend entwickeln möchte sowie den Grundsatz «Wachstum mit Grenzen» berücksichtigt. Auch im Energieleitbild wird der Klimaschutz berücksichtigt, konkrete Pläne für einen Absenkpfad der kantonalen Emissionen fehlen jedoch. Seit Jahren gehört Zug beispielsweise beim CO<sub>2</sub>-Austoss von neu zugelassenen Personenwagen zu den schweizweiten Spitzenreitern.<sup>2</sup> Der Bundesrat hat entschieden, dass die Schweiz bis 2050 keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen soll. Entsprechend dem Klimaabkommen von Paris müssen die Treibhausgasemissionen bereits bis 2030 im Vergleich zu 1990 um rund 50 Prozent gesenkt werden. Diese Reduktionspläne reichen jedoch nicht aus, um die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu verhindern. Aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen des Weltklimarates ist belegt, dass die früh industrialisierten Länder deutlich vor 2050 und die gesamte Welt bis 2050 Netto-Null erreicht haben muss, damit eine ungebremste Klimaerwärmung durch die Erreichung von «Tipping Points<sup>3</sup>» noch zu 50% verhindert werden kann. Deshalb schlägt beispielsweise die Klima-Allianz Schweiz einen Absenkpfad mit Nettonull-Emissionen bis 2039 vor.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> [https://www.swiss-economics.ch/files/content/dokumente/publikationen/2019\\_JaagSchnyder\\_KlimawandelUndInfrastrukturen\\_UVEK\\_DE.pdf](https://www.swiss-economics.ch/files/content/dokumente/publikationen/2019_JaagSchnyder_KlimawandelUndInfrastrukturen_UVEK_DE.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/kennzahlen-fahrzeuge/kennzahlen-neuwagenflotte.html>

<sup>3</sup> Als Kippelement wird in der Erdsystemforschung ein Bestandteil des globalen Klimasystems bezeichnet, der bereits durch geringe äussere Einflüsse (wie den übermässigen Ausstoss von CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre) in einen neuen Zustand versetzt werden kann, wenn er einen „Kipp-Punkt“ bzw. „Tipping-Point“ erreicht hat. Nach Erreichung eines Tipping Points, kann kein Einfluss mehr auf den Verlauf der klimatischen Veränderungen genommen werden.

<sup>4</sup> [https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klima-Allianz\\_Schweiz\\_Masterplan-1.pdf](https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klima-Allianz_Schweiz_Masterplan-1.pdf)

Als eine der stärksten Wirtschaftsregionen der Schweiz steht Zug in der Verantwortung, um bei der Eindämmung der Klimaschäden eine führende Rolle einzunehmen. Der Innovative Wirtschaftsstandort verfügt sowohl über das technologische Knowhow wie auch über die finanziellen Ressourcen. Die ALG fordert eine kohärente Strategie, welche aufzeigt, inwiefern einzelne Politikbereiche wie die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014), das Energieleitbild 2018, Zentralschweizer Massnahmenpläne gegen übermässige Luftschadstoff-Emissionen oder die Mobilitätsstrategie im Einklang mit CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen stehen können, und wie ein Nettonull-Ausstoss bis 2039 erreicht werden kann.